FREITAG, 10. DEZEMBER 2010 NR. 49 52. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Testament?
Erbvertrag?
Stiftungen?
Hausverkauf?

Wichtige Fragen und Probleme, die gerne verdrängt, aber bei klarer Sicht der Dinge gelöst und entschieden werden sollten.
Fragen Sie uns – seit 1980 sind wir für unsere Klienten da

Dr. iur. Michael E. Dreher, MBA HSG
DR. DREHER & PARTNER AG
8702 Zollikon / beim Bahnhof
T 044 396 15 15 - E drdr@dreher.ch

Der Zürcher Bote

Spezialthema «Kein Recht auf Einbürgerung für Verbrecher» im Leitartikel und auf Seite 5

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

KONSTRUKTIVES REFERENDUM «KEIN RECHT AUF EINBÜRGERUNG FÜR VERBRECHER»

Kein Recht auf Einbürgerung für Verbrecher

Start Referendum!

Am 22. November 2010 hat der Zürcher Kantonsrat das neue Kantonale Bürgerrechtsgesetz (KBüG) verabschiedet. Dieses Gesetz hat erhebliche Mängel: Neu soll ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung geschaffen werden. Und auch Verbrecher und Straftäter sollen den Schweizer Pass künftig viel einfacher erhalten können. Diese Mängel will die SVP mit dem konstruktiven Referendum «Kein Recht auf Einbürgerung für Verbrecher» beheben.

NATIONALRAT
ALFRED HEER
PARTEIPRÄSIDENT
SVP KT. ZÜRICH

Am 28. November 2010 hat die Schweizer Bevölkerung die Ausschaffungsinitiative mit 53 Prozent angenommen. Der Gegenvorschlag des Bundesrates und des Parlamentes wurde abgelehnt. Auch im Kanton Zürich wurde die Ausschaffungsinitiative angenommen. Es ist klar: Die Bevölkerung will eine härtere Gangart nicht gegen Ausländer aber gegen kriminelle Ausländer.

Die Beratungen über das neue Einbürgerungsgesetz sind zu Ende. Die SVP hat eine sorgfältige Analyse des neuen Gesetzes vorgenommen. Einerseits konnten einige Verschärfungen eingebracht werden, welche in der Praxis die Einbürgerungen von nichtintegrierten und nichtwirtschaftlich leistungsfähigen Personen erschweren wird. Andererseits weist das neue Gesetz schwere Mängel auf: Der Rechtsanspruch auf Einbürgerung sowie die Tatsache, dass auch Verbrecher bald mit einer Einbürgerung rechnen dürfen.

Für die SVP des Kantons Zürich ist klar, dass das verabschiedete Gesetz in diesen Punkten verbessert werden muss. Wir sind der festen Überzeugung, dass das Zürcher Volk Anspruch darauf hat, die beiden wichtigen Fragen selber zu beantworten.

Aufgrund des Abstimmungsresultates vom 28. November 2010 ist die SVP überzeugt, dass gute Chancen für einen Erfolg an der Urne bestehen. Wer will in Anbetracht des Abstimmungsresultates wirklich davon ausgehen, dass nun plötzlich eine Mehrheit für die Einbürgerung von Verbrechern zu gewinnen ist?

Links-grüne Demonteure der Rechtsstaatlichkeit

Bekanntlich war es der nun zurücktretende Regierungsrat Dr. Markus Notter, welcher in einem Kreisschreiben vor einigen Jahren den Gemeinden mitgeteilt hat, dass auch der Bezug von Fürsorge kein Hinderungsgrund für die Einbürgerung sei, da auf diese Weise ein Rechtsanspruch bestehe und somit der wirtschaftliche Selbsterhalt gewährleistet sei.

> Die Bevölkerung will eine härtere Gangart nicht gegen Ausländer aber gegen kriminelle Ausländer.

Was bis anhin im Gesetz klar war, hat Regierungsrat Notter mit einem Kreisschreiben aushebeln wollen. Die SVP ist froh, dass das Parlament hier wieder Klarheit geschaffen hat, nachdem Regierungsrat Notter als Exekutivmitglied Unsicherheit geschaffen hat und faktisch neues Recht ohne Parlament schreiben wollte.

In Anbetracht der Masseneinbürgerungen, welche vor allem in den links-grünen Städten vollzogen werden, ist eine vernünftige Handhabung der Einbürgerungen das Gebot der Stunde. Das neue Einbürgerungsgesetz, welches mittels des konstruktiven Referendums durchgesetzt werden soll, soll wieder die korrekten Leitplanken setzen, welche von den links-grünen Behördenvertretern in den vergangenen Jahren – notabene ohne Gesetzesänderungen – demontiert wurden.

Schweizer werden – bevor man als Krimineller erwischt wird

Der Aufruf der Linksparteien nach der verlorenen Abstimmung, dass sich jeder Ausländer einbürgern soll, zeigt auf, was die Linken eigentlich immer wollen: Kriminelle Ausländer sollen nicht ausgewiesen werden, sondern sie sollen sich einbürgern lassen, solange sie noch nicht bei Straftaten erwischt wurden.

Die SVP ist klar der Meinung, dass das neue Einbürgerungsgesetz mit den geänderten Anträgen gemäss konstruktivem Referendum weder besonders streng noch restriktiv ist. Im Gegenteil:

Es gibt jedem Ausländer und jeder Ausländerin, welche sich einbürgern lassen wollen, das Gefühl, dass er zumindest die Mindestanforderungen erfüllt. Der Verschleuderung des Bürgerrechtes wird mit den beantragten Änderungen einigermassen entgegengetreten.

Auch Ausländer bemängeln lasche Einbürgerungspraxis

Faktisch jeder Ausländer ist der Meinung, dass kriminelle Personen nicht eingebürgert werden dürfen. Den Rechtsanspruch auf Einbürgerung lehnt die SVP ebenso ab. Nicht der Richter entscheidet über die Einbürgerung, sondern die politischen Behörden. Viele gut integrierte Ausländer, welche sich einbürgern lassen, sehen es nicht gerne, wenn wenig integrierte ebenso eingebürgert werden. Diese Einbürgerungspraxis mindert die Attraktivität Schweizer zu werden. Wenn faktisch jeder und jede eingebürgert werden kann, ist der Wert des Schweizer Passes auch nicht sehr hoch. Mit anderen Worten wollen viele gut integrierte Ausländer gar nicht mehr Schweizer werden. Auch aus diesem Aspekt braucht es Verschärfungen im Einbürgerungsrecht. Wir wollen ja nicht nur IV-Rentner zu unseren neuen Schweizerinnen und Schweizern zählen.

> Wenn faktisch jeder und jede eingebürgert werden kann, ist der Wert des Schweizer Passes auch nicht sehr hoch.

Die SVP wird alles daran setzten, dass das Konstruktive Referendum an der Urne obsiegen wird.

Schweizer wählen SVP

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Ausverkauft

Die **23. Albisgüetli-Tagung** war bereits am 1. Tag **ausverkauft**. Die SVP des Kantons Zürich bedankt sich für das enorm grosse Interesse an unserem traditionellen Parteitag zum Jahresbeginn und bittet gleichzeitig darum, **keine weiteren Einzahlungen mehr** zu tätigen. Herzlichen Dank!

Dank der Zusammenarbeit vom Maschinenring Zürich und Sunrise, sparen Mitglieder massiv bei den Handykosten.

Sunrise
Maschinenring
Maschinenring Zürich
T 055 251 41 41 - info@maschinenring.ch
www.maschinenring-zh.ch

Kostenlos Probeschlafen

WBS - das Matratzensystem für den vollkommenen Schlafkomfort

wideg ag
Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel 044 935 25 46
info@wideg.ch
www.wideg.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch
info@schreinerei-ruetschi.ch

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

Der Bote für Ihre Botschaft!

Ein Inserat im «Zürcher Bote» lohnt sich.

Inserate buchen bei:
inweb ag, 044 818 03 07
info@inwebag.ch

KOSTENLOSE
Marktwert-Beurteilung

Sind Sie Eigentümer einer Eigentumswohnung oder eines Einfamilienhauses?
Dann profitieren Sie von dieser kostenlosen und unverbindlichen Dienstleistung durch Experten, welche die Verkaufschancen Ihres Wohneigentums mit professionellen Instrumenten bewerten.

ORGNET IMMOBILIEN AG
Dorfstrasse 48, Postfach 73
8484 Weisslingen
Telefon: 052 394 34 44
E-Mail: info@orgnet.ch
Internet: www.orgnet.ch

Wir verkaufen auch Ihre Liegenschaft!

Walliser Strippenzieher

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Politiker sind keine bösen Menschen. Aber Politiker sind faule Menschen. Wenn Parlamentarier beispielsweise der Geschäftsprüfungskommission angehören, besuchen sie viele Sitzungen, hören sich Befragte an und kassieren Taggelder. Die Protokolle und Berichte erstellt einzig die Verwaltung. Politiker lassen schreiben. Was heisst: Politiker lassen auch denken. Die wahren Machthaber in Politik und Wirtschaft sind die Protokollführer. Christoph Blocher hat die Ems-Chemie mittels Protokollführung übernommen.

Die Strippen in der GPK ziehen nicht jene National- und Ständeräte, die ihre Erkenntnisse wichtigtuerisch den Medien präsentieren. Sondern unauffällige Verwaltungsmitarbeiterinnen wie Irene Moser, Beatrice Meli Andres oder Jacqueline Dedeystère. Und im Falle der diplomatischen Krise mit Libyen ein ehemaliger Bundesrat, der diese Sekretärinnen beeinflusste. Als Meister solch hintergründiger Einflussnahme erwies sich einmal mehr Pascal Couchepin.

Couchepin wurde schon am Tag der Genfer Verhaftung des Ehepaars Gaddafi informiert. Nach Ausbruch der Libyen-Krise trug er ein volles halbes Jahr die Verantwortung als Bundespräsident. In diese Periode fallen die wahnwitzigen Befreiungspläne des EDA-Diplomaten Jacques Pitteloud. Bundespräsident Couchepin wusste auch das. Er setzte seinen Nachfolger Hans-Rudolf Merz in Kenntnis, es gebe «einen Walliser», der sich um die Sache kümmere. In sechs Monaten dieser grossen aussenpolitischen Krise entwickelte Bundespräsident Couchepin keinerlei Strategie für sein Regierungskollegium. Doch der GPK-Bericht spricht jetzt fast alle andern schuldig. So dass Couchepin der «NZZ am Sonntag» befriedigt mitteilen konnte, «der GPK-Bericht sei aus seiner Sicht korrekt».

In der Stellungnahme zur Libyen-Affäre getraut man sich nicht einmal, den Namen Gaddafi auszuschreiben. Im entmilitarisierten Bundesbern sind die strategischen Kenntnisse so erbärmlich, dass man verharmlosend von «Exfiltration» zweier Geschäftsleute schreibt. Wo eine Exfiltration stattfindet, müsste vorher eine bewusste Infiltration geschehen sein. In Tripolis ging es aber um eine Geiselnahme. Und anschliessend um Befreiungspläne. Wenn auch um dilettantische. Zum Glück hat unsere Verwaltung das Falsche falsch gemacht. Richtig gefährlich wird es erst, wenn sie das Falsche richtig macht.

SESSIONSBERICHT 2. WOCHE

Ohrfeige für Calmy-Rey, Jahresziele, Differenzbereinigungen, Offroader-Initiative

Bundesrätin Calmy-Rey wurde mit dem schlechtesten Resultat aller Zeiten zur Bundespräsidentin gewählt. Doris Leuthard stellte dem Parlament die Jahresziele 2011 vor. Sodann behandelte der Nationalrat verschiedene Differenzen mit dem Ständerat, wie beispielsweise beim Hunde- und Postgesetz. Weiter wurde ein Gegenvorschlag zur Offroader-Initiative beschlossen.

HANS RUTSCHMANN
NATIONALRAT SVP
RAFZ

Die vereinigte Bundesversammlung wählte am Mittwoch turnusgemäss den Präsidenten und Vizepräsidenten des Bundesrates. Dabei wurde allgemein mit einem schlechten Resultat von Micheline Calmy-Rey gerechnet. Dies auch wegen ihrer problematischen Rolle in der Libyen-Affäre. Mit nur 106 Stimmen erzielte sie jedoch ein historisch tiefes Wahlresultat.

Geringes Interesse an den Jahreszielen

Die jährlichen Ziele des Bundesrates werden dem Parlament jeweils zu Beginn der letzten ordentlichen Session des Vorjahres bekannt gegeben. In der Legislaturperiode 2007–2011 sind für den Bundesrat fünf politische Leitlinien zentral: Es geht ihm um die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz, um die Gewährleistung der Sicherheit, sodann um die Verbesserung der gesellschaftlichen Kohäsion, um die nachhaltige Ressourcennutzung sowie um die gute internationale Vernetzung der Schweiz. Diese Ziele werden vom Bundesrat jährlich konkretisiert. So will der Bundesrat 2011 in der Sozialpolitik weitere Revisionen der IV und AHV vorbereiten. Daneben soll die Aufsicht auf die zweite Säule verstärkt und transparenter werden. Zentrales energiepolitisches Vorhaben wird nächstes Jahr die Revision des Stromversorgungsgesetzes sein. Das Interesse des Rates hielt sich bei der Präsentation aber in Grenzen. Die Bundespräsidentin musste ihr Referat vor grösstenteils leeren Rängen vortragen. Dies ist deshalb verständlich, weil die Tagespolitik ohnehin weniger von Jahreszielen als von konkreten Vorlagen geprägt wird.

Differenzen beim Postgesetz – Antrag Rickli

Bei dieser Differenzbereinigung ging es unter anderem auch um eine Presseförderung bei der Zustellung von abonnierten Zeitungen und Zeitschriften. Der Bundesrat beantragte dafür einen jährlichen Beitrag von 20 Millionen Franken für die Regional- und Lokalpresse und 10 Millionen Franken für die Mitgliedschafts- und Stiftungspresse. Sowohl der National- wie der Ständerat wollten diesen Betrag um je 10 Millionen Franken aufstocken. Allerdings wurde im Ständerat das dazu nötige qualifizierte Mehr nicht erreicht, sodass eine Patt-Situation entstand. Ein Kompromissvorschlag von Natalie Rickli, auf den ursprünglichen Antrag des Bundesrates zurückzukommen, wurde jedoch abgelehnt.

Das Hundesgesetz definitiv gescheitert

Die Vorlage befand sich ebenfalls in der Differenzbereinigung. Der Ständerat hat in der Frühjahrssession eine Auflistung gefährlicher Hunderassen gefordert sowie beschlossen, dass die Kantone keine weiteren Vorschriften zu diesem Thema erlassen dürfen. Die beiden Räte waren sich in der langwierigen Diskussion um ein neues Hundegesetz in einer grundsätzlichen Frage nie einig. Der Ständerat wollte ein gesamtschweizerisches Gesetz, welches den Umgang mit Hunden abschliessend regeln sollte. Demgegenüber wollte der Nationalrat auf Bundesebene lediglich minimale Standards festlegen. Die Kantone hätten dabei die Möglichkeit, weitergehende Regelungen in den kantonalen Gesetzen zu verankern. Dies auch, weil einzelne Kantone, wie beispielsweise Zürich, bereits über ein weitergehendes Gesetz verfügen.

Der Abschluss der Beratungen war etwas chaotisch. Die Einigungskonferenz zwischen National- und Ständerat stimmte dem Bundesgesetz zu. Weil an dieser Sitzung jedoch kein Minderheitsantrag auf Ablehnung gestellt wurde, kam es im Nationalrat vorerst gar nicht zu einer Abstimmung. Erst aufgrund eines Rückkommensantrages konnte der Rat abstimmen. Mit 95:81 Stimmen lehnte es der Nationalrat dabei ab, sich dem Ständerat anzuschliessen. Die SVP sprach sich zusammen mit der FDP mehrheitlich gegen die Vorlage aus. Die Linke war gespalten. Nur die CVP stellte sich ganz hinter den Gesetzesentwurf. Damit ist das Hundegesetz auf eidgenössischer Ebene definitiv gescheitert.

Nationalrat will Gegenvorschlag zur Offroader-Initiative

Die Offroader-Initiative will negative Auswirkungen von Motorfahrzeugen durch weitergehende Vorschriften verringern. Im Fokus steht die Reduktion von Umweltbelastungen und Unfallfolgen. Dies soll einerseits mittels strengerer oder neuer Grenzwerte für Emissionen von Feinstaub und CO_2 erreicht werden, andererseits dürften Personenwagen mit hohem Gefährdungspotenzial nicht mehr zugelassen werden. Zusätzlich will die Volksinitiative das maximale Leergewicht von PWs limitieren. Für bereits zugelassene PWs, welche die Forderungen nicht erfüllen, wird eine Beschränkung der Höchstgeschwindigkeit gefordert. Dies würde auch für ausländische Fahrzeuge gelten.

Der Bundesrat hat dieser Initiative mit einer Revision des CO_2-Gesetzes einen indirekten Gegenvorschlag gegenübergestellt. Der Nationalrat hat bereits in der Herbstsession die Volksinitiative abgelehnt und gegen den Willen der SVP Eintreten auf den Gegenvorschlag beschlossen. Diese Woche ging es nun um die Detailberatung. So sollen beispielsweise die CO_2-Emissionen von neuen Personenwagen bis Ende 2015 auf durchschnittlich 130 g CO_2/km gesenkt werden. Ein Antrag von SVP und FDP, diese Frist entsprechend den internationalen Vorgaben zu verlängern, scheiterte klar.

Dies obwohl die Schweiz über keine Autoindustrie verfügt und somit die technische Entwicklung nur bedingt beeinflussen kann. In der Gesamtabstimmung wurde der Gegenvorschlag mit 105:65 genehmigt.

EIDGENÖSSISCHE DELEGIERTENVERSAMMLUNG IN GLAND (VD) VOM 4. DEZEMBER 2010

Kalte Füsse, warmes Herz

An der Delegiertenversammlung in Gland (VD) hatte so mancher kalte Füsse. Dafür wurde es den meisten Delegierten warm ums Herz, von der gelebten Demokratie und der Aufbruchstimmung ins Wahljahr 2011.

MARTIN SUTER
PRÄSIDENT SVP
BEZIRK HINWIL

Angeblich wegen Drohungen linker Chaoten wurden die Versammlungslokale für die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Lausanne gekündigt. Die SVP wurde einfach ausgeladen, da sich die Stadt nicht im Stande sah, für die Sicherheit der Delegierten zu sorgen. Einem solchen Affront gegen die SVP galt es die Stirn zu bieten. Die Wählerstärkste Partei der Schweiz lässt sich nicht vorschreiben, in welchem Kanton sie ihre Delegiertenversammlungen abzuhalten hat. Kurzerhand wurde der Versammlungsort verschoben und unter freiem Himmel in der Nähe von Gland im Kanton Waadt abgehalten.

Toni Brunner in Hochform

Der Himmel ist unser Dach, das freie Feld der Versammlungsort, eröffnete Toni Brunner die Delegiertenversammlung. 450 Delegierte und 350 Gäste sind dem Ruf zur kältesten je gewesenen Delegiertenversammlung gefolgt und haben ein deutliches Zeichen gesetzt. Die Versammlungsfreiheit in der Schweiz darf nicht dermassen mit den Füssen getreten werden. Jede Partei, ob klein oder gross, muss sich treffen können.

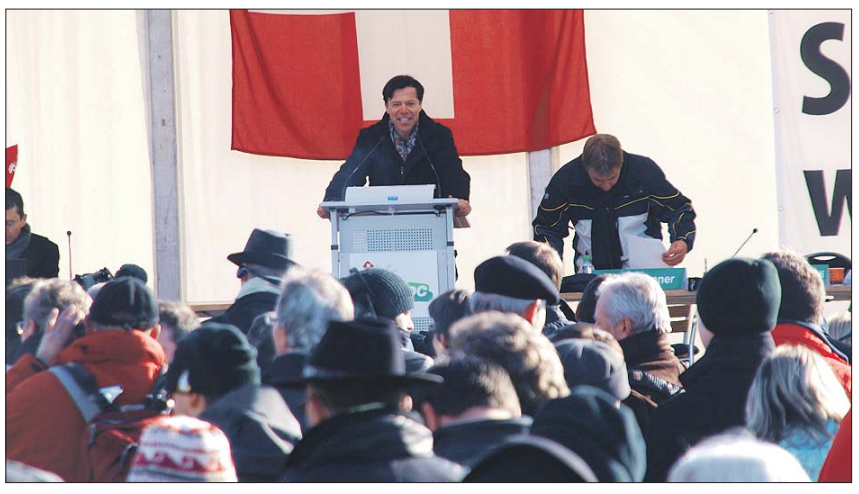
Bei den kommenden Wahlen will die SVP an Wähleranteil zulegen und wenn möglich die 30-Prozent-Marke knacken. Dass die Partei auf dem besten Weg zu diesem Ziel ist, haben die Wahlerfolge der letzten Wochen gezeigt. Mit Stolz verwies Brunner auf die Erfolge bei den kantonalen Wahlen im Jura und in Zug. «Und in Thun, der sechstgrössten Stadt, stellen wir mittlerweile den Stadtpräsidenten» unterstrich Toni Brunner die Hochform der SVP.

BR Ueli Maurer zur Verantwortung der SVP.

Politisch korrekt heisst bei vielen, den Mund halten

Auch für Bundesrat Ueli Maurer ist es unwürdig, was die SVP erleben muss. Er gab seiner Enttäuschung Ausdruck, dass die SVP keinen geeigneten Versammlungsort in der Waadt gefunden hatte. Bezüglich der Grundwerte macht er sich Sorge, besonders um die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Die SVP werde angeprangert als politisch unkorrekt, da müsste halt akzeptiert werden, wenn es eine Gegenbewegung gäbe, argumentierten die einen. Was aber wäre politisch korrekt? Dies könnte ja nur bedeuten, nicht zu sagen was man denkt und die Dinge nicht beim Namen zu nennen.

Fortsetzung Seite 3



NR Christoph Mörgeli zum neuen Parteiprogramm «SVP – die Partei für die Schweiz».

Grossaufmarsch der Delegierten in die Waadt.

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

«Ja zu Mundart im Kindergarten» vom Kantonsrat abgelehnt

Diese Woche debattierte der Kantonsrat über die Volksinitiative «Ja zu Mundart im Kindergarten», ausserdem wurde das Gesetz über die hauswirtschaftliche Fortbildung aufgehoben.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Die Volksinitiative «Ja zu Mundart im Kindergarten» verlangt, dass die Unterrichtssprache in den ersten beiden Jahren nach der Einschulung (Kindergartenstufe) grundsätzlich die Mundart ist und ab dem dritten Jahr (Primarstufe) grundsätzlich die Standardsprache. Damit soll ein sinnvoller, altersgerechter Spracherwerb sichergestellt werden. So behält auch die Mundart, wichtiger Teil unserer Kultur und Identität, weiterhin ihren gebührenden Platz im Bildungswesen. Und hier aufwachsende Kinder aus fremdsprachigem Milieu können sich dank der Mundart besser integrieren. Seit dem Schuljahr 2008/2009 ist die Unterrichtssprache teilweise Mundart und teilweise Hochdeutsch. Die weniger oft verwendete Unterrichtssprache muss jedoch mindestens in einem Drittel der Unterrichtszeit des Kindes durch die Lehrperson gesprochen werden. **Samuel Ramseyer** (SVP, Niederglatt) orientierte den Kantonsrat in seiner Funktion als Präsident der Kommission für Bildung und Kultur, dass die Mehrheit der vorberatenden Kommission die Volksinitiative zur Ablehnung empfehle. Dies weil man zur Ansicht gelangte, dass die Kleinen sehr gut zwischen Mundart und Standardsprache unterscheiden könnten. Dem widersprach **Matthias Hauser** (SVP, Hüntwangen) und betonte, dass die SVP-Fraktion die Volksinitiative einstimmig unterstütze. Dies aus folgenden Gründen: Mundart sei die Sprache der Bevölkerung, die Sprache der Gemeinden, der Region, des Kantons und der Schweiz. Mundart gehöre zu uns und wer zu uns gehören will, müsse Mundart lernen. Zudem sei Mundart auch die Sprache der Integration, die Sprache auf dem Pausenplatz und die Sprache beim Bewerbungsgespräch. Chancengleichheit für fremdsprachige Kinder könne nur über das Erlernen der Mundart erreicht werden. Mundart sei auch die Sprache des Vertrauens, der Beziehungen und der Emotionen. Aus diesen Gründen müsse die Initiative zur Annahme empfohlen werden und der Volkskultur, anstelle der Bürokratie, Vorschub geleistet werden. Der Kantonsrat folgte diesen Argumenten leider nicht und lehnte die Volksinitiative mit 98 zu 67 Stimmen ab. Das entscheidende Wort wird die Stimmbevölkerung des Kantons Zürich haben.

Hauswirtschaftliche Fortbildung

Das Gesetz über die hauswirtschaftliche Fortbildung aus dem Jahre 1986 besagt, dass Schulgemeinden, die sich mit der Organisation der Volksschule zu befassen haben, ein Kursangebot ausrichten müssen, welches explizit der Fortbildung Erwachsener und der schulentlassenen Jugendlichen dient. **Matthias Hauser** forderte mit einer Parlamentarischen Initiative (PI), unterstützt von CVP und GLP, die Aufhebung des Gesetzes. **Samuel Ramseyer** informierte, dass die vorberatende Kommission beschloss, die PI zu unterstützen und somit das Gesetz ersatzlos aufzuheben. Das Gesetz sei überholt. Es gebe keinen Grund, warum sich der Kanton an diesen Kursen beteiligen müsse. Diese Kurse können aber von den Gemeinden freiwillig und bedarfsgerecht weiterhin angeboten werden, jedoch solle es keine gesetzliche Pflicht mehr geben, welche mit starren Vorgaben, beispielsweise in Bezug auf die Anzahl Lektionen und die Entlöhnung der Lehrpersonen, verbunden ist. Angesichts der bescheidenen kantonalen Subventionen von rund 1,3 Mio. Franken pro Jahr zugunsten von etwa 1800 Kursen mit 25 000 Teilnehmenden sei entgegen der Befürchtung einer Kommissionsminderheit nicht davon auszugehen, dass die Kurse gänzlich verschwinden werden. **Matthias Hauser** betonte, dass das Gesetz geschaffen wurde, als Haushaltskunde, Handarbeit oder Werken von zahlreichen Schülern nicht belegt wurden. Diese Lektionen waren je nach Geschlecht obligatorisch. Auch als Hauswirtschaft, Handarbeit und Werken für beide Geschlechter obligatorisch wurde, blieb die Pflicht bestehen. Es könne nicht sein, dass sich Schulgemeinden um koch-, näh- und basteltechnische Ausbildung von Erwachsenen kümmern müssen und der Kanton diese Kurse noch subventioniere.

Die PI wurde mit 98 zu 55 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen und das Gesetz abgeschafft.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… die Zustimmung zur Volksinitiative «prima-Initiative» für Weiterentwicklung der Kindergartenstufe beschlossen.	☹
… die Ablehnung zur Volksinitiative «Ja zu Mundart im Kindergarten» beschlossen.	☹
… den Gegenvorschlag zum Universitätsgesetz abgelehnt.	☺
… dem Gegenvorschlag zu Handarbeitsunterricht auf der Mittelstufe der Primarschule zugestimmt.	☹
… die Parlamentarische Initiative betreffend Aufhebung des Gesetzes über die hauswirtschaftliche Fortbildung zugestimmt.	☺

6. Dezember 2010

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

und wir können es doch …
und dann noch schnell …

SAMUEL RAMSEYER
KANTONSRAT SVP
DIELSDORF

Am 11. Januar 2010 reichte eine kleine Gruppe von Parlamentariern die Initiative zur Aufhebung des Gesetzes über die hauswirtschaftliche Fortbildung, die dazugehörende Verordnung sowie die Aufsichtsregelung und die entsprechenden Empfehlungen betreffend Kurs- und Schulgelder ein. Der Aufhebungsantrag wurde insbesondere damit begründet, dass es nicht mehr nachvollziehbar sei, dass sich Schulgemeinden, die sich mit der Organisation der Volksschule zu befassen haben, ein Kursangebot ausrichten müssen, dass ausschliesslich der Fortbildung von Erwachsenen dient. Selbstverständlich geht es nicht darum, diese Kurse grundsätzlich zu verunmöglichen! Es geht darum, den Kursveranstaltern die Möglichkeit zu geben, ihre Angebote auf effektiv nachgefragte Bedürfnisse auszurichten – ohne starre Vorgaben in Bezug auf die Zahl der Lektionen und die Entlöhnung der Lehrpersonen durch den Kanton. Unser föderales System lebt davon, dass Entscheidungen möglichst nahe beim Bürger gefällt werden. Mit der Aufhebung des Gesetzes steht es den Gemeinden jetzt frei, mit Organisationen der Privatwirtschaft oder einzelnen Unternehmern und Unternehmerinnen Leistungsvereinbarungen abzuschliessen, falls die Kurse einem Bedürfnis der ihrer Einwohner entsprechen. Selbstverständlich steht es den Gemeinden auch frei, ihre Lokalitäten weiterhin kostengünstig – wenn nicht sogar gratis – zu Verfügung zu stellen und so einen Beitrag zur Deckung der Kurskosten zu leisten. Etwas weniger Staat, dafür etwas mehr Unternehmertum wird die Folge des Entscheids wohl sein! Ganz im Sinne der SVP! Daran sollen sich alle erinnern, die sich mit dem Gedanken tragen, den getroffenen Entscheid mit einem Referendum umzustossen.

Auch im Hinblick auf die Diskussionen um das Sanierungspaket 2010 stimmt mich der Entscheid des Rates zuversichtlich. Er hat tatsächlich bewiesen, dass er in der Lage ist, staatliche Leistungen hinsichtlich ihrer Notwendigkeit zu beurteilen und dann die Konsequenzen zu ziehen. Auch wenn es sich mit 1,3 Mio. Franken um einen kleinen Betrag handelt, zielt dieser Schritt finanzpolitisch in die richtige Richtung. So ganz unter dem Motto: Wer den Franken nicht ehrt …! Mit Blick auf die umliegenden Länder wäre es mit Sicherheit verfehlt, aufgrund des einigermassen ordentlichen Abschlusses der kantonalen Rechnung, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Nicht alles was wünschbar ist, entspricht einer Notwendigkeit! Eine Binsenwahrheit! Aber, wenn ich mir die Ratsentscheide der letzten acht Jahre Revue passieren lasse, stelle ich fest, dass die Staatsquote laufend zugenommen hat. Möglicherweise, weil zu viel nur Wünschbares zur staatlichen Aufgabe gemacht wurde und wir uns zu wenig an die Binsenwahrheit erinnert haben.

Fortsetzung von Seite 2

Kalte Füsse, warmes Herz

Parteiprogramm unter Regie von Christoph Mörgeli

Ein bekannter Tessiner CVP-Politiker sei kürzlich nach einer ausgelassenen Feier von der Polizei angehalten worden, wusste Nationalrat Christoph Mörgeli zu berichten. Er könne entweder das CVP-Parteiprogramm in drei Sätzen zusammenfassen, oder er müsse ins Röhrchen blasen, gab die Polizistin zur Auswahl. Nach kurzer Bedenkzeit habe der CVP-Politiker gesagt: «Gänd mer s Röhrli …» Die SP anderseits habe erst fünf Parteiprogramme in ihrer langen Geschichte verabschiedet. Chrsitoph Mörgeli sagte, er hätte alle gelesen. Das erste sei dabei noch das Beste gewesen …

Keine andere Partei verwendet so viel Zeit in ein verbindliches Parteiprogramm wie die SVP. Entstanden ist unter Regie von Christoph Mörgeli ein Programm mit 25 Kapiteln auf 84 Seiten, über welches die Delegiertenversammlung an der Landsgemeinde unter freiem Himmel beraten konnte.

Parteiprogramm verabschiedet

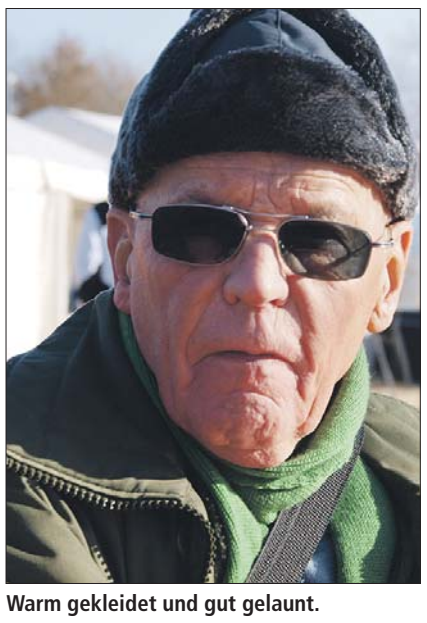
Insgesamt waren im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens 156 Änderungsanträge zum Programm zu behandeln. Einen grossen Teil der Anträge konnte der Zentralvorstand bereits vorgängig bereinigen, so dass an der Delegiertenversammlung im Schnee von Gland lediglich über vier Anträge abgestimmt werden musste. Einige weitere Anträge wurden direkt an der Delegiertenversammlung gestellt. Dabei wurden unter anderem die Forderungen nach einer Kündigung des Schengen-Vertrags und einer konsequenten Durchsetzung der Gesetze im Zusammenhang mit Sans-Papiers ins Programm aufgenommen. Zum Schluss wurde das Parteiprogramm 2011–2015 einstimmig genehmigt.

Startschuss ins Wahljahr 2011

Der unter freiem Himmel, bei Minusgraden abgehaltenen Programmparteitag vom 4. Dezember 2010 wird als eindrückliche Manifestation für die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in die Geschichte der SVP eingehen. Den anwesenden Delegierten und den Gästen dürfte der Anlass in ganz besonderer Erinnerung bleiben. Die SVP hat ihre konsequente Haltung demonstriert und hat sich von den Anfeindungen in Lausanne nicht ins Boxhorn jagen lassen. Mit der Verabschiedung des Parteiprogramms 2011–2015 ist die Partei gewappnet für das Wahljahr 2011.

Ja zum neuen Parteiprogramm 2011–2015.

Eisiger Wind in Gland (VD).



Warm gekleidet und gut gelaunt.

«Der Himmel ist unser Dach, das freie Feld der Versammlungsort», begrüsste Parteipräsident NR Toni Brunner.

SVP BEZIRK MEILEN

Kantonaler Gewerbepräsident zu Gast

Winterliche Landschaften, weihnachtliche Beleuchtung und ein festlich dekoriertes und geheiztes Zelt bei Benno Müller in Zumikon boten den Rahmen für den diesjährigen Adventsabend der SVP Bezirk Meilen.

Die Präsidentin, Kantonsrätin Theres Weber, Uetikon am See, konnte fast 100 Personen begrüssen, darunter den Ehrengast Nationalrat Hans Rutschmann, Präsident des kantonalen Gewerbeverbandes und seine Frau Annelies Rutschmann. Ebenfalls anwesend war der Gemeindepräsident von Zumikon, Hermann Zangger, sowie Gemeinderäte aus Zumikon und Küsnacht und die Kantonsratskandidaten Adrian Bergmann, Meilen, Rolf Zimmermann, Zumikon, Hans-Peter Amrein, Forch, Gregor Rutz, Küsnacht, und Martin Meyer, Oetwil. Gregor Rutz sorgte zudem für die musikalische Begleitung am Klavier und Benno Müller und sein Team boten Buffets vom Feinsten, vom Apéro, über Vorspeisen und Hauptgang bis zum Dessert.

Politik und Gemütlichkeit – Ehrengast und Referent NR Hans Rutschmann mit Gastgeberin und Bezirkspräsidentin KR Theres Weber.

Gewerbe braucht gute Leute

Hans Rutschmann betonte in seinem Referat wie wichtig gut ausgebildete Berufsleute in der Schweiz seien. Das duale Bildungssystem der Schweiz hat national und international einen sehr guten Ruf und dazu muss Sorge getragen werden. Sorgen bereitet ihm heute die Grundbildung in der Volksschule. Es könne nicht sein, dass alle halbguten Schülerinnen und Schüler ans Gymnasium abwandern und dort das Niveau der Matura herunterholten, es sei wichtig, dass die Gewerbebetriebe auch von guten Schülerinnen und Schülern als Ausbildungsstätten genutzt würden. Mit der Berufsmatura stehen solchen Leuten alle Optionen offen um nach der Berufsbildung auch die Tertiärstufe zu erreichen.

Engagement des Gewerbes ist gefragt

Weiter bat er die anwesenden Gewerbetreibenden, sich für ihre Anliegen stark zu machen und sich auch vermehrt politisch zu engagieren. Nur so könne die Kraft des Zürcher Gewerbes nach aussen dringen und nur so würden auch bildungspolitische Weichen gestellt – zu Gunsten des Gewerbes, für eine gesicherte Zukunft. Fähigkeiten in handwerklichen Fächern, sowie Grundlagen in Deutsch und Mathematik seien unentbehrlich in jedem Gewerbebetrieb und müssten wieder vermehrt Gewicht erhalten in der Volksschule. Der Trend der Zeit geht leider in eine andere Richtung ...

Einmal mehr war der Abend sehr gelungen und gut organisiert und alle freuen sich schon aufs nächste Jahr. In der Zwischenzeit heisst es aber politische Knochenarbeit verrichten, sei es beim Unterschriften sammeln oder in den Wahlkämpfen auf kantonaler und dann auf eidgenössischer Ebene. Die SVP ist stark, weil ihre Mitglieder viel und gerne arbeiten und sich um das Wohl ihrer Partei kümmern.

Mit diesen Worten verabschiedete die Präsidentin Theres Weber die anwesenden Gäste und wünschte allen schöne Festtage und ein gutes neues Jahr mit dem erwünschten Erfolg für die Partei.

SVP WÜLFLINGEN

Chlausabend mit Politik

Am Chlausabend der SVP Wülflingen konnte Präsident Josef Lisibach über 80 Parteifreunde, darunter auch eine stattliche Delegation der JSVP, begrüssen. Es erwies sich als gute Idee, die Veranstaltung in Stall und Scheune von Ernst Graf im Wülflinger Niederfeld durchzuführen. Der Ort gewährleistete eine vorweihnachtliche Stimmung. Eva Oeggerli und Doris Steiner sorgten zusammen mit Metzgermeister Jäger für ein ausgezeichnetes Essen samt Dessert. Der Abend wurde abgerundet durch einen wunderbaren roten Samichlaus und einen smarten Schmutzli, welche auch Parlamentariern das Fürchten beibrachten. Allerdings glaubte ein solcher, der rote Samichlaus habe sich bei der SVP verirrt, was aber mit dem Erkennen seiner Identität als langjähriges SVP-Mitglied Lügen gestraft wurde.

Dass es sich nicht um einen Chlausabend irgendeines Vereins handelte, zeigten die vom Publikum aufmerksam verfolgten politischen Eingaben. Kantons- und Gemeinderat René Isler warb erfolgreich für das konstruktive Referendum in Sachen Einbürgerungen, Gemeinderat Josef Lisibach forderte eine starke Unterstützung der Kantonsratsliste mit zahlreichen jungen Kandidaten und Kanditatinnen sowie mit Aussicht auf einen Sitzgewinn. Höhepunkt des Abends bildete das Kurzreferat von Nationalrätin Natali Rickli, welche mit tosendem Applaus für ihre Berner Leistungen begrüsst wurde. Rickli gab einen Einblick in die gegenwärtige Politiklandschaft. Die SVP stehe regelmässig allein. Das mache sie aber kämpferisch und stark. Sie werde immer mehr ausgegrenzt und im schweizerischen Zeitungswald könne sie sich nur auf den «Zürcher Boten» und die «Weltwoche» stützen. Noch schlimmer sei es bei den elektronischen Medien. Unsere Antwort sei ein festes Zusammenstehen und ein stetiger Kampf. Das werde von der Bevölkerung honoriert.

Der starke Besuch und die ausgezeichnete Stimmung zeigten, dass die SVP Wülflingen unter der kräftigen Führung von Josef Lisibach jun. in ausgezeichneter Form ist. Das möge ein gutes Omen für das kommende Wahljahr sein.

Samichlaus und Schmutzli …

… sorgen für Unterhaltung bei den jung gebliebenen …

… und bei den jungen Gästen.

STADT ZÜRICH, KREIS 9

Chlaushöck 2010, Raclette-Plausch auf dem Hasenrain

Zum Jahresabschluss trafen sich SVP-Mitglieder und Gäste zum traditionellen Chlaushöck auf dem Hasenrain. Der Raclette-Plausch entwickelte sich, trotz anfänglicher Öfeli-Problemen, zum grossen Erfolg, was auch dem aufgestellten Häxehüüsli-Team zu verdanken war.

In gemütlicher Atmosphäre konnten sich die Präsidenten der SVP Kreisparteien 3, 9 und 12 sowie etliche Gemeinde- und Kantonsräte auf das kommende Wahljahr 2011 und die Stärke der SVP einstimmen. Die SVP ist die einzige Partei, die es schafft in Stadt (Nagelhaus) und Land (Ausschaffung) Referenden und Initiativen zum Erfolg zu führen.

Ein leuchtendes Beispiel ist bei Abstimmungen immer der Stadtkreis 12 unter der langjährigen, bewährten Führung von Kantonsrat Christian Mettler.

Das Stimmvolk schätzt die klare Linie und die Positionen der Schweizerischen Volkspartei, die als Einzige eine verlässliche Politik verfolgt. Die SVP steht zu ihrem Parteiprogramm und kein Mandatsträger relativiert den Inhalt vor oder sogar nach gefasstem Beschluss der Delegierten. Unser Programm ist kein weltfremder Papiertiger oder Verwaltungsdinosaurier …

Glaubwürdigkeit ist ein hohes Gut und politische Exponenten der Roten und Grünen zeigen, dass Sie leichtfertig damit umzugehen wissen. R.L. SP-Nationalrat aus Biel hat den linken Umgang mit der Wahrheit öffentlich dargestellt. D.L. Stadtrat der Grünen zeigt bei der ersten Gelegenheit sein wahres Gesicht und es liegt nun an den Wählern diesem unsäglichen Theater ein schnelles Ende zu bereiten.

Der Präsident der Kreispartei Zürich 3, Danuel Jörger überbrachte die Grussbotschaft des Schwesterkreises und die definitive Kantonsratsliste des Wahlkreises II zur Unterschrift. Zum Abschluss lag es beim Präsidenten der Kreispartei Zürich 9, Kantonsrat Lorenz Habicher eine Standortbestimmung zu machen und seinem schlagkräftigen Vorstand sowie den unzähligen freiwilligen Helfern zu danken. Wir zählen auch im 2011 auf Sie und wünschen besinnliche Festtage und einen guten Rutsch.

Im Hasenrain bei Geselligkeit und feinem Raclette.

LESERBRIEF

Amerikanische Doppelmoral

Der US-Botschafter in Bern, Donald S. Beyer, hat die Schweiz davor gewarnt, dem Wikileaks-Gründer Julian Assange Asyl zu gewähren. Assange hat bekanntlich Dokumente veröffentlicht, die u.a. von US-Soldaten in Afghanistan und im Irak begangene Verbrechen wie Tötungen und Folterungen belegen. Dabei erliessen ausgerechnet die USA den sog. Whistleblower Protection Act, eine Verordnung, die Informanten schützen soll, welche Hinweise über illegales Handeln oder Verbrechen geben. Weil seine Enthüllungen für die US-Regierung peinlich sind, wird Assange aber trotzdem verfolgt. Der einflussreiche US-Politiker Mike Huckabee, möchte Assange sogar aufhängen lassen. Die Wikileaks-Leute hart bestrafen will auch Hillary Clinton. Dieselbe Clinton, die ihrerseits US-Diplomaten aufforderte, die Vertreter anderer Länder auszuspähen!

Wird dagegen ein «Whistleblower» in ihrem Interesse tätig, reagieren die USA sehr freundlich: 1997 entwendete Wachmann Meili Bankdokumente, die zwar für die Kontroverse um die nachrichtenlosen Vermögen irrelevant waren. Unsere amerikanischen «Freunde» erhoben die entwendeten Dokumente jedoch zu «Beweisen», Meili zum «Helden» und der damalige Präsident Clinton gewährte ihm Asyl. «Beide Seiten wissen, wie nahe sich die Schweiz und die USA stehen», heuchelte der US-Botschafter. In Wirklichkeit kann von Nähe keine Rede sein. Die USA spielen ihre Macht gegenüber der Schweiz stets rücksichtslos zu ihren Gunsten aus und schrecken vor Erpressungen nicht zurück. Schweizer Firmen werden in den USA in zunehmendem Masse zu horrenden Bussen verurteilt, jeweils genüsslich kommentiert durch die dortigen Medien. Schweizer Banken sehen sich in den USA zunehmend mit protektionistisch motivierten Hindernissen konfrontiert. Nun wollen die USA auch noch die Schwäche unserer Landesregierung ausnutzen und sich in unsere Asylpolitik einmischen. Es könnte ihnen sogar gelingen!

Otto Weiersmüller, Uetikon

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!
Öffnungszeiten:
Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr/13.30–18.30 Uhr
Sa 8.00–12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung
In topmoderner Werkstatt
• Pneus für: LKW, PW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen
• Alu- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine
Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

Bettenreinigung in einem Tag!
Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt.
Inhalt reinigen: Decken Fr. 30.-, Kissen Fr. 12.-.
Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch.
Nur 1a-Qualitäten, kein Lebendrupf! Neue Decken und Kissen; auch Spezialanfertigungen.
Direktverkauf aus eigener Fabrikation.
BETTWARENFABRIK
Rafzerfeld
Bettfedernreinigung
Potema®
Mobile Matratzenreinigung
ZOLLINGER + CO AG
8424 Embrach, Hardhofstrasse 15
044 869 10 75 seit 45 Jahren
Täglich auf Voranmeldung bis 20.00 Uhr
www.rafzerfeld.com

Drucken Sie weitere Bogen aus unter www.svp-zuerich.ch, bestellen Sie diese unter Telefon 044 217 77 66, Fax 044 217 77 65 oder E-Mail sekretariat@svp-zuerich.ch und senden Sie die ausgefüllten Bogen mit möglichst vielen Unterschriften zurück.

Herzlichen Dank!

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Konstruktives Referendum zum neuen Kantonalen Bürgerrechtsgesetz

«Kein Recht auf Einbürgerung für Verbrecher»

Worum geht es?

Am 22. November 2010 hat der Zürcher Kantonsrat das neue **Kantonale Bürgerrechtsgesetz** (KBüG) verabschiedet. Dieses Gesetz hat erhebliche Mängel:

- Neu soll ein **Rechtsanspruch auf Einbürgerung** geschaffen werden. Dies führt dazu, dass künftig ein Gericht – und nicht mehr die Gemeinde – über ein Einbürgerungsgesuch entscheiden kann.
- **Verbrecher** und **Straftäter** sollen den Schweizer Pass künftig **viel einfacher erhalten** können. Selbst bei schweren Straftaten wie Vergewaltigung, Raub oder Einbrüchen wäre eine Einbürgerung schon nach wenigen Jahren möglich.

Diese Mängel will die SVP mit dem **konstruktiven Referendum «Kein Recht auf Einbürgerung für Verbrecher»** beheben.

Die Frist für die Unterschriftensammlung dauert **60 Tage** (bis am **25. Januar 2011**) und das nötige Quorum umfasst mind. **3000 Unterschriften**.

Es steht uns eine äusserst kurze Sammelfrist bevor, während welcher wir dringend Ihre Mithilfe benötigen.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Pressekonferenz

Konstruktives Referendum «Kein Recht auf Einbürgerung für Verbrecher» vom 3. Dezember 2010 in Zürich.

Neu **SVP TV**

Video zur Pressekonferenz verfügbar unter: **www.svp-zuerich.ch**

Parteipräsident NR Alfred Heer.

Vertreter des Referendums KR Hans Heinrich Raths.

Fraktionspräsident KR Hans Frei.

Stellvertreter des Referendums Vizepräsident Gregor A. Rutz.

Grosses Medieninteresse an der Pressekonferenz von Fernsehen …

… sowie Printmedien.

Jetzt unterschreiben!

KEIN RECHT AUF EINBÜRGERUNG FÜR VERBRECHER

Referendum mit Gegenvorschlag von Stimmberechtigten gegen den Beschluss des Kantonsrates betreffend Kantonales Bürgerrechtsgesetz vom 22. November 2010.

Im Amtsblatt des Kantons Zürich veröffentlicht am 26. November 2010 (Ablauf der **Referendumsfrist: 25. Januar 2011**).

Die unterzeichnenden, im Kanton Zürich wohnhaften Stimmberechtigten verlangen gestützt auf Artikel 35 der Kantonsverfassung vom 27. Februar 2005 sowie das Gesetz über die politischen Rechte (GPR) und die zugehörige Verordnung (VPR), dass der obgenannte Kantonsratsbeschluss zusammen mit dem nachfolgenden Gegenvorschlag der Volksabstimmung unterbreitet wird.

Kantonales Bürgerrechtsgesetz vom 22. November 2010

§ 3

[1] Ausländerinnen und Ausländer können auf Gesuch hin in das Kantonsbürgerrecht und das Gemeindebürgerrecht aufgenommen werden, wenn sie die Voraussetzungen für die Erteilung der Einbürgerungsbewilligung des Bundes und die Voraussetzungen nach diesem Gesetz erfüllen.

[2] Es besteht kein Rechtsanspruch auf Einbürgerung.

§ 8

[1] unverändert gemäss Kantonsratsbeschluss

[2] Bei Erwachsenen setzt dies voraus, dass

a. das Strafregister keine Einträge aufweist,

b. keine Verurteilung wegen eines Verbrechens vorliegt,

c. bei Verurteilungen gestützt auf das Jugendstrafgesetz vom 20. Juni 2003 die Fristen gemäss Abs. 3 verstrichen sind,

d. kein Strafverfahren gegen sie hängig ist.

[3] Bei Jugendlichen setzt dies voraus, dass

a. keine Verurteilung wegen eines Verbrechens vorliegt,

b. sie innerhalb der letzten fünf Jahre vor Einreichung des Gesuchs nicht wegen eines Vergehens verurteilt worden sind,

c. unverändert gemäss Kantonsratsbeschluss

[4] unverändert gemäss Kantonsratsbeschluss

Begründung: Der Kanton Zürich will neu einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung schaffen. Der Einbürgerungsentscheid aber soll in der Autonomie der Gemeinden verbleiben und nicht Sache von Gerichten werden. Sodann erlaubt das neue Bürgerrechtsgesetz, auch Verbrecher einzubürgern. Das ist falsch: Straftäter, welche aufgrund eines Verbrechens verurteilt worden sind, sollen nicht eingebürgert werden können.

Postleitzahl:…… **Politische Gemeinde**: ……..

Diese Unterschriftsliste darf nur von Stimmberechtigten mit politischem Wohnsitz in der obenstehenden Gemeinde unterzeichnet werden und ist handschriftlich auszufüllen.

Name, Vorname (handschriftlich / Blockschrift)	**Geburtsdatum** (TT / MM / JJ)	**Adresse** (Strasse / Hausnummer)	**Unterschrift** (eigenhändig)	**Kontrolle** **(leer lassen)**
1.				
2.				
3.				
4.				

Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung fälscht oder sich bei der Unterschriftensammlung bestechen lässt, macht sich strafbar (Art. 281, 282 StGB).

Bitte den ganz oder teilweise unterschriebenen Bogen hier falzen und umgehend in den nächsten Briefkasten werfen. **Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!**

Referendumskomitee:

Hans Heinrich Raths, Kantonsrat SVP, Leeweidstrasse 7, 8330 Pfäffikon (Vertreter); **Anita Borer**, Sonnenbergstrasse 59, 8610 Uster; **Hans Fehr**, Nationalrat SVP, Salomon Landolt-Weg 34, 8193 Eglisau; **Frei Hans**, Kantonsrat SVP, Lindenhof, 8105 Watt-Regensdorf; **Alfred Heer**, Nationalrat SVP, General Wille-Str. 12, 8002 Zürich; **René Isler**, Kantonsrat SVP, Steinackerweg 28, 8405 Winterthur; **Ernst Meyer**, Kantonsrat SVP, Siedlung „Au“, 8450 Andelfingen; **Ursula Moor**, Kantonsrätin SVP, Hochfelderstrasse 2, 8181 Höri; **Gregor A. Rutz**, Vizepräsident SVP, Obere Bühlstrasse 19, 8700 Küsnacht (Stellvertreter); **Barbara Steinemann**, Kantonsrätin SVP, Brünigstrasse 80, 8105 Watt-Regensdorf; **Rolf Robert Zimmermann**, Kantonsrat SVP, Chapfstrasse 103b, 8126 Zumikon

Bitte frankieren

Unterschriftenbogen beziehen Sie bitte unter:

Tel. 044 217 77 66
Fax 044 217 77 65
eMail sekretariat@svp-zuerich.ch
Internet www.svp-zuerich.ch

Unterstützung:

Vermerk „Referendum Bürgerrechtsgesetz“

PC-Konto: SVP des Kantons Zürich, 80-35741-3

Referendum mit Gegenvorschlag
Kein Recht auf Einbürgerung für Verbrecher
c/o SVP des Kantons Zürich
Nüschelerstrasse 35
8001 Zürich

Die/der zuständige Stimmregisterführerin/Stimmregisterführer bescheinigt hiermit, dass obenstehende …..... (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner im Kanton Zürich stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

…… (Ort und Datum)

…… (Unterschrift)

(Amtsstempel)

Fadegrad

Zürcher Baukunst

VON ROLF A. SIEGENTHALER

Gelegentlich reibt man sich als Politikinteressierter die Augen. Seit Jahren sind die Baukosten sowie die teilweise irren Bauvorschriften in Zürich ein Thema. Schon Elmar Ledergerber empfand das Wiehern des Amtsschimmels im Hochbaudepartement als zu laut und verordnete eine speditivere Abwicklung von Baubewilligungen. Er erreichte Verbesserungen. Der Ausbau von Dachgeschossen wurde nicht nur ermöglicht, sondern gefördert. Die Bauwirtschaft atmete nach Ursula Koch («Zürich ist gebaut») hörbar auf. Ledergerber bewies, dass ein Departementsvorsteher etwas erreichen kann, wenn er Führungseigenschaften mitbringt. Die SVP weist seit Jahrzehnten bei jedem öffentlichen Bau nach, dass die Kosten um ein Vielfaches höher sind als wenn Private bauen. Ebenfalls seit Jahren sind die Kosten von Schulbauten in der Stadt ein Thema. Architekturpreise für schwachsinnige Konzepte und megateure Bauten. Nur die besonderen Materialien tun es. Wer meint, Sichtbeton sei billig, täuscht sich. Wenn die Schalungen von Möbelschreinern gefertigt werden müssen, um die hohen ästhetischen Ansprüche der Baukünstler zu befriedigen, ist Sichtbeton sehr teuer. Die Farbkonzepte sind eine eigene Welt. Im Neubau des Scherrschulhauses dürfen die Kinder keine Zeichnungen in den Gängen aufhängen, weil das die architektonische Gesamtwirkung stören würde. Zürcher Schulhausbau: Zu teuer und für den Zweck ungeeignet. In Wädenswil baute die International School of Zurich ein Mehrstufenschulhaus mit Aussensportplätzen und Doppelturnhalle zu einem Drittel der Kosten eines vergleichbaren Baus in Zürich. Der Mittagstisch wird in der Eingangshalle abgehalten, es kochen freiwillige Mütter. In den Gängen hangen Kinderzeichnungen. In der Stadt kostet der Einbau einer Teeküche in einen Hort eine Viertelmillion. Unser Schulvorsteher darf sich nur im Bau verwirklichen. Lehrplan und Schulorganisation regeln Kanton und Kreisschulpflege. Im Hochbaudepartement ist es ähnlich. Die Ausführung von Prunkbauten und die Vereinheitlichung von WC-Häuschen hinterlassen Spuren in der Öffentlichkeit. Kunststück kostet ein Züri-WC am Schluss Fr. 200 000! Die Abstimmung über das Nagelhaus (5,9 Mio. für e Schiissi) hat endgültig gezeigt, dass die Bevölkerung genug hat. Kathrin Martelli scheiterte nicht nur als Stadtpräsidiumskandidatin; vorher scheiterte sie an der Führung des Hochbaudepartements. Ihr Projekt «Zürich baut gut und günstig» (sollte Baukosten um 20 Prozent senken) versandet ohne ein messbares Ziel erreicht oder auch nur verfehlt zu haben. Jetzt will es André Odermatt richten. Finanzvorstand Vollenwyder zetert ob der 220 Mio., die in seinem 8-Mia.-Budget gekürzt werden sollen. Wenn SP-Mann Odermatt durchzieht, beweist er, dass die Sozis die besseren SVPler sind als die Freisinnigen. Das würde allerdings niemand wundern!

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Budget 2011 der Stadt Zürich – zurück an den Verfasser

In Anbetracht des erwarteten Aufwandüberschusses 2010 des budgetierten Defizits 2011 und der immer noch fast eine halbe Milliarde Franken hohen Schuld gegenüber der Pensionskasse Stadt Zürich wird per Ende 2011 ein Finanzfehlbetrag entstehen!

MONIKA ERFIGEN
GEMEINDERÄTIN SVP ZÜRICH 7/8

Der Stadtrat erwartet, dass die in der Stadt Zürich niedergelassenen Grossbanken – wegen den neuen Kapitalvorschriften – die nächsten zwei Jahre keine Steuern bezahlen werden. Das heisst, dass die mittelfristige Finanzplanung von der Stadt Zürich alles andere als rosig aussieht. Wer Jahr für Jahr plant, mehr Geld auszugeben, als dass er einnimmt, muss entweder von seinem Ersparten leben können oder aber er verschuldet sich. Mit dem vorliegenden Budgetentwurf trifft leider das Zweite zu.

Gemäss Erwartungsrechnung 2010 muss für das laufende Jahr mit einem Aufwandüberschuss von 170 Millionen Franken gerechnet werden. Damit wird das Brutto-Eigenkapital auf 600 Millionen Franken schmelzen. Und mit dem jetzt budgetierten Aufwandüberschuss wird es Ende 2011 noch 386 Millionen Franken betragen, was bei der Verrechnung von der aktivierten Schuld gegenüber der städtischen Pensionskasse von dann noch 441 Millionen Franken zu einem Bilanzfehlbetrag von über 50 Millionen Franken führt.

Nichtsdestotrotz holt unser Stadtrat auch mitten in dieser ungemütlichen Situation die ganz grosse Schöpfkelle hervor. Schon längstens sind die prioritären Legislaturziele «gesunde Finanzen» und die «Bildung von Reserven für die Zukunft» vergessen und Legislaturziele für schwierige Finanzlagen existieren auf dem stadträtlichen Wunschzettel nicht, und obwohl der Stadtrat die Stellenvermehrung nach wie vor «weiterhin bremsen» will und der Stellenplanbeschluss, d.h. der Stellenstopp vom Stadtrat «in Kraft bleibt und künftig noch restriktiver gehandhabt werden soll», man fragt sich nur wann, geht der Stellenausbau in der Stadtverwaltung auch nächstes Jahr munter weiter. Es sind wieder 319,6 neue Stellen geplant. Der voraussichtliche Personalaufwand inkl. Novemberbrief von 2567 Millionen Franken soll rund 90 Millionen Franken über den budgetierten Ausgaben für das laufende Jahr liegen.

Der Selbstfinanzierungsgrad, das heisst das Verhältnis zwischen Selbstfinanzierung und den Nettoinvestitionen wird mit 24,7 Prozent auf dem Rekordtief vom Vorjahr verharren. Der finanzpolitische Soll-Wert von 60 bis 70 Prozent wird damit einmal mehr deutlich unterschritten. Für die mit der Selbstfinanzierung nicht abgedeckten Ausgaben werden weitere Fremdmittel von 765,5 Millionen Franken benötigt. Die Schuldlast von unserer schönen Stadt wird bei diesen Prognosen auf rund 9 Milliarden Franken anwachsen. Die tatsächliche Zinsbelastung vom Haushalt wird aber durch die Nettozinslast bestimmt. Die Nettozinslast, d.h. die Differenz zwischen den bezahlten Schuldzinsen und den Vermögenserträgen inkl. den weiterverrechneten Zinsen wird 79,2 Millionen Franken oder 217 000 Franken jeden Tag betragen und belastet den Haushalt mit 5,4 Steuerprozenten, was unser Stadtrat ganz salopp als «vertretbar» bezeichnet! Den zinslosen Darlehen an alle, wo von niemandem mehr Geld bekommen würden, von unserem Stadtrat aber grosszügig bedient werden einerseits und der nach wie vor 4 Zinsprozente kostenden Restschuld gegenüber der Pensionskasse von der Stadt Zürich andererseits sei Dank!

Im Zuge von der nach wie vor prekären Situation an den Finanzmärkten und der grossen Abhängigkeit von den beiden Grossbanken kann nur eine einschneidende Kurskorrektur erfolgreich sein. Dem Fordern von immer weiteren städtischen Leistungen muss ein Riegel geschoben werden. Ein Umdenken über die Rolle vom Staat u.a. in der Kulturförderung ist dringend notwendig. Eine Ablösung vom gegenwärtigen Subventionssystem zugunsten von privatem Engagement muss das Ziel sein, d.h. eine Kulturförderung, wo aus Kulturschaffenden nicht faktisch städtische Angestellte macht!

Für die Parteien SVP, FDP, GLP, CVP und EVP ist der Zeitpunkt gekommen, dass der Stadtrat sein Budget überarbeiten muss. Wegen den erwarteten Mindereinnahmen nicht nur für die nächsten beiden Jahre, soll bereits das Budget 2011 ausgeglichen gestaltet werden. Um die Finanzen der Stadt Zürich gesund behalten zu können, braucht es jetzt einen mutigen Schritt.

Mit der motivierten Rückweisung wird vom Stadtrat verlangt, einen neuen entsprechend aufwandsbereinigten, ausgeglichenen Voranschlag ohne Steuer-, Gebühren-, Abgaben- und Bussenerhöhungen vorzulegen.

UNBEWILLIGTE DEMONSTRATION VOM 28. NOVEMBER 2010

Leupi noch nicht im Amt als Polizeivorstand angekommen

Die SVP der Stadt Zürich verurteilt das Verhalten des städtischen Polizeichefs Daniel Leupi im Zusammenhang mit der unbewilligten Demonstration vom 28. November 2010 in der Zürcher Innenstadt.

GEMEINDERAT ROGER LIEBI
PARTEIPRÄSIDENT STADT ZÜRICH

Die SVP der Stadt Zürich ist empört und fassungslos über die öffentlichen Äusserungen von Polizeivorstand Leupi (Grüne) betreffend der unbewilligten, gewalttätigen Demonstration im Anschluss an das klare Votum der Schweizer Bevölkerung zur SVP-Ausschaffungsinitiative.

Leupi – der Demonstrant?

Stadtrat Leupi sagte im «Tages-Anzeiger» vom 3. Dezember 2010 wortwörtlich: «Wenn ich nicht Stadtrat wäre, hätte ich mir vorstellen können, da auch dabei zu sein.» Er hätte dies aber zum Zeitpunkt gesagt, als die Demonstration friedlich gewesen sei. Dazu gibt es festzuhalten, dass die Demonstration Tage vor dem Abstimmungssonntag angekündigt worden war, für den Fall dass die Schweizer Stimmbevölkerung Ja zur SVP-Ausschaffungsinitiative sage. Die Demonstration war illegal.

Mit dieser Aussage bestätigt er nachträglich exakt jenen Vorwurf, den SVP-Exponenten ihm gegenüber erhoben haben. Er hat also keinerlei Grund von «Böswilligkeit» oder von «Verdrehungen» zu sprechen. Bereits zum, gemäss Leupi, friedlichen Zeitpunkt marschierten ca. 50 Vermummte im Umzug mit, genauso wie Andrea Stauffacher einmal mehr federführend gewesen sein soll.

Die SVP der Stadt Zürich ist empört und fassungslos, dass der oberste Verantwortliche für die Sicherheit in der Stadt Zürich nicht dezidiert Organisatoren und Teilnehmer illegaler Demonstrationen sowie vermummte, potenzielle Chaoten zur Verantwortung zieht, sondern im Gegenteil Polizisten, die ihren schwierigen Auftrag gemäss den geltenden Gesetzen ausüben, nun den schwarzen Peter für den aufkommenden Unmut im Polizeikorps zuschieben will.

Leupi – der Polizeivorstand?

Genauso wenig Verständnis hat die SVP der Stadt Zürich dafür, dass sich Polizeivorstand Leupi nun als der Mann, der sich für die 15 neu zu schaffenden Polizeistellen, welche die SVP im Rahmen der Budgetdebatte 2010 vom 11. Dezember 2009 gefordert hatte, ausgibt:

1. erfolgte die vorzeitige mögliche Verzichtserklärung für die 15 Stellen vom Stadtrat – wohl als drohende Antwort auf die Forderung der bürgerlichen Parteien zur Rückweisung des Budgets;
2. hat Polizeivorstand Leupi höchstpersönlich anlässlich der erwähnten Budgetdebatte die zu schaffenden Stellen als Gemeinderat noch abgelehnt.

Ganz offensichtlich ist Herr Leupi immer noch nicht in seinem Amt als Polizeivorstand angekommen. Allerdings macht seine Amtsführung auch den Eindruck, dass er gar nicht dort ankommen will, denn mit der Polizei hat Stadtrat Leupi nicht viel am Hut.

Die SVP der Stadt Zürich erinnert Stadtrat Leupi daran, dass er für die Sicherheit aller Zürcherinnen und Zürcher und aller Gewerbetreibenden zu sorgen hat. Sollte er dies aus ideologischen Gründen nicht können oder wollen, sollte er den Stadtrat um einen Departementswechsel nachsuchen oder weitergehende Konsequenzen ziehen.

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Katastrophale stadträtliche Budgetierung ohne Weitsicht

GEMEINDERAT MAURO TUENA
FRAKTIONSCHEF ZÜRICH 4/5

Einmal mehr, und das in Serie, ist das vom rot/grünen Stadtrat diesem Parlament vorgelegte Budget für die Stadt Zürich tief rot. Das ist für die SVP inakzeptabel. Im Klartext heisst das, dass der Voranschlag Einnahmen von 7,85 Milliarden Franken und Ausgaben von 8,07 Milliarden Franken vorsieht. Damit budgetiert die Exekutive bewusst ein Defizit von 219,8 Millionen Franken. In der heutigen, unsicheren Zeit eine fatale, gefährliche und völlig verantwortungslose Entscheidung! Den Steuerertrag schätzt der Finanzvorsteher auf 2,37 Milliarden Franken. Allein die Personalkosten liegen mit budgetierten 2,51 Milliarden Franken höher als die Steuereinnahmen. Das sind im übrigen 3 Prozent mehr als noch 2010. Wenn man nach dem stadträtlichen Vorschlag ginge, würde auch das Eigenkapital abermals schrumpfen. Ende 2011 würde es noch bei lapidaren 400 Millionen Franken liegen. Auch der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei gefährlichen 24,7 Prozent, und das bei einem Sollwert von 60–70 Prozent.

Schaut man die Budgetentwicklung in den letzten 8 Jahren etwas genauer an, ergibt sich ein verheerendes Bild: Während der Steuerertrag in etwa immer gleich hoch blieb, nämlich bei ca. 2,3 Milliarden Franken, stiegen sowohl Personal- (+36 Prozent) wie auch Sachaufwand (+41 Prozent) massiv an. Um dies einigermassen auszugleichen, wurden einfach Abgaben und Gebühren mit +29 Prozent drastisch erhöht. Die Nettoschulden stiegen gar um 96 Prozent auf 3,56 Milliarden Franken an. Zu was das führt, sehen wir zurzeit innerhalb Europa deutlich.

Diese Misswirtschaft kann und will die SVP nicht akzeptieren. Für uns ist ein solches Budget verantwortungslos, ohne Weitsicht, ja geradezu fahrlässig. In einer solchen finanzpolitisch unsicheren Situation wie wir uns heute befinden, muss der Voranschlag eines Gemeinwesens mindestens ausgeglichen sein. Das noch knapp vorhandene Eigenkapital darf unter keinen Umständen angerührt werden. Im Gegenteil, es sollte gar vermehrt werden.

Die SVP hat in den letzten Jahren anlässlich jeder Budgetberatung im Gemeinderat vor fatalen Fehlentwicklungen dieser Art gewarnt. Entsprechende, bis ins kleinste Detail ausgearbeitete und fundierte Kürzungsanträge der SVP mindestens in der Grössenordnung der jeweils budgetierten Defizite, wurden seitens rot/grün zum Teil mit viel Hohn und Spott immer abgelehnt. Zusätzlich wurden noch eigene Begehrlichkeiten neu in die jeweiligen Voranschläge aufgenommen. So stieg der Fehlbetrag Jahr für Jahr zusätzlich an.

Aus diesem Grund wird die einstimmige SVP-Fraktion, nach intensivem Studium des vorliegenden Budgetentwurfs 2011, heute diesem Rat beantragen, dieses stadträtliche Defizitbudget der Exekutive zur Überarbeitung zurückzuweisen. Dies wird mit einer motivierten Rückweisung geschehen, mit dem Auftrag, ein neues, schlankeres Budget mit gegenüber dieser Version 220 Millionen Franken Einsparungen, auszuarbeiten. Der Stadtrat weiss selber am besten, wo innerhalb des Budgets Prioritäten zu setzten sind, ob eine Ausgabe wirklich zwingend nötig, oder allenfalls nur wünschbar ist. Mit Verlaub, bei einem Budget von über 8 Milliarden Franken sind 220 Millionen Franken, also rund 2,7 Prozent Kürzungen, durchaus möglich und gut vertretbar. Wer in diesem Zusammenhang von «Zürich kaputtsparen» spricht, befindet sich jenseits jeglicher Realität. Heute geht es nicht ums Sparren im eigentlichen Sinn, sondern lediglich um die Reduktion von zusätzlichen Ausgaben.

Die SVP hofft, dass der Stadtrat von Zürich dieses klare Zeichen, dieses Commitment, auch so versteht, dass er in Zukunft diesem Parlament keine defizitären Budgets mehr vorlegt. Diese Zeiten sind ab heute vorbei.

Wir haben als Parlamentarier, als Vertreter des Volkes, eine Verantwortung gegenüber den Steuerzahlenden unserer Stadt. Die SVP möchte der jüngeren Generation auch in Zukunft noch in die Augen sehen können – und dies mit gutem Gewissen, ohne rot zu werden – und ihr keinen finanziellen Scherbenhaufen hinterlassen. Heute haben wir gemeinsam mit diesem mutigen Schritt die Möglichkeit zu beweisen, dass wir diese Verantwortung wahrnehmen. Die SVP hat einen Auftrag, entsprechend handeln wir nach diesem. Sparen ist schmerzhaft, dessen sind wir uns bewusst. Doch sparen ist nötiger denn je! Die Generationen von morgen werden uns dankbar sein.

LESERBRIEFE

Umstrittene Naturpärke – Wir verkaufen unsere Heimat nicht!

Viele Gemeinden mehrerer Kantone stehen vor umstrittenen Abstimmungen über sogenannte Naturpärke. Bundesbern hat bereits 27 Naturpärke geplant, die riesige Flächen unseres Landes erfassen und von Parkvereinen verwaltet werden sollen. Die Statuten der bereits gegründeten Parkvereine sind dem EU-Projekt EUREK abgeschrieben. Sie können nicht auf demokratischem Boden entstanden sein, weil sie unter anderem den Kauf von Stimmen vorsehen und keine genauen Informationen geben, was auf die Gemeinden zukommt. Bei den Naturpärken geht es nicht – wie behauptet – um den Schutz der Natur (dafür haben wir schon das Umwelt-, Natur-, Landschafts-, Heimat-, Tierschutz- und Raumplanungsgesetz), sondern um parastaatliche, nichtdemokratische Organisationen, die Gemeinden und Kantone übergestülpt und die Eigentumsrechte aushebeln würden. Hat eine Gemeindeversammlung dem Beitritt zu einem Parkverein zugestimmt, ist sie 10 Jahre daran gebunden und die Stimmbürger können nicht mehr mitbestimmen.

Unter dem Vorwand des Naturschutzes können dann die Eigentumsrechte für Grundstück- und Landbesitzer eingeschränkt und zum Beispiel Neubauten verhindert, bestehende Bauten abgerissen und Bauzonen umgezont werden. Die EU möchte im Rahmen der Regionalisierung mittels Schaffung von Metropolitanräumen (Städte und Agglos) und Naturpärken (Landschaft) staatsübergreifende regionale Zentren schaffen, die direkt der Zentrale in Brüssel unterstellt sind. Nicht deklariertes Endziel ist die Abschaffung der Nationalstaaten (Europäische Kommission. Regionalpolitik Europäische Union. Naturparks ohne Grenzen.pdf). Alle geplanten Schweizer Naturpärke liegen in Zonen mit ausgiebigen Wasserquellen. Avenir Suisse schlägt vor, da das Wasser zu einem knappen Gut werde und private Unternehmen, dieses besser aufbereiten und verteilen könnten als der Staat, solle man die Konzessionen der Wasserversorgung an die Meistbietenden versteigern. In den Naturpärken gibt es dann kein demokratisches Mitspracherecht der lokalen Bevölkerung mehr, um eine Privatisierung des Wassers zu verhindern. Einen Vorgeschmack, wie weit man unter dem Vorwand des Naturschutzes demokratische Rechte aushebeln kann, gibt das jüngste Beispiel in Lausanne, wo man der SVP – nachdem man ihr alle Säle verweigert hat – vorwirft, durch ihre Delegiertenversammlung auf freiem Feld, Frösche und Kröten in Gefahr zu bringen!

P. Aebersold, Zürich

Unstabiles Klima

Das Klima der Erde war noch nie stabil. Nebst der Sonne und den Gasen in der Luft gibt es noch andere Ursachen, die das Klima beeinflussen. Das CO_2 in der Atmosphäre verändert die Konzentration ohne menschliches Dazutun seit Anbeginn der Erde. Ungewöhnlich aus geologischer Sicht ist die Tatsache, das die CO_2-Konzentration derzeit so gering ist. In den vergangenen 500 Millionen Jahren lag sie nur zweimal so tief. Das erklären Paläontologen. Andererseits sagen Physiker, die Wissenschaft begreift 97 Prozent der Vorgänge und Hintergründe im Weltall in keiner Weise.

Seit die Erde besteht, zerfallen ununterbrochen Atomkerne. Dadurch wird die Erde immer ein wenig aufgeheizt. Die Energiemengen, die bei einer einzigen Atomumwandlung in der freien Natur freigesetzt werden, sind winzig klein. Aber angesichts der unendlich vielen Atomkerne, die ständig umgewandelt werden, genügt die Gesamtenergie, um die Erde zusätzlich zur Wirkung der aufgenommenen Sonnenenergie etwas zu erwärmen.

Winzige elektrisch geladene Teilchen, die vermutlich von der Sonne und von anderen Sternen ausgeschleudert werden, jagen in dichten Strömen durch das Weltall. Auch unsere Erde ist einem Dauerbeschuss dieser radioaktiven Teilchen ausgesetzt, die ununterbrochen auf die Lufthülle der Erde einprasseln. Dort hinterlassen sie einen Trümmerhaufen.

Diese sicher nicht unbedeutenden wissenschaftlichen Erkenntnisse sind für uns, als die angeblich CO_2-Schuldigen der Klimaerwärmung, von grosser Bedeutung. Es ist auch nicht einmal abzusehen, ob überhaupt dem menschlichen Geiste je ein derart tiefer Einblick in die innersten Zusammenhänge der Klimawandlung gegönnt sein werden. Die Rede vom «Klimaschutzziel» ist eigentlich eine Irreführung. Wer kann schon das Wetter, das Klima machen? Vielmehr müsste das Ziel heissen, Umweltschutz- und Brennstoffverbauchsziel. Denn Umweltgifte können unwiderruflich viel zerstören und für das langsam zur Neige gehende Erdöl stehen auch noch keine Ersatzstoffe zur Verfügung.

Max Matt, Altstätten

Ende der Meinungsäusserungsfreiheit

«Für mehr Toleranz!», «gegen Ausgrenzung!», das sind die regelmässig zu hörenden Schlagworte aus linken Kreisen. Dagegen ist prinzipiell nichts einzuwenden. Das einzige, was die politische Rechte von diesen Forderungen unterscheidet, ist, dass sie diese anders interpretiert als die Linken. Mehr Toleranz ja, aber sicherlich nicht Toleranz gegenüber Mördern, Vergewaltigern und sonstigen Schwerkriminellen. Gegen Ausgrenzung ja; sofern sich ein Mensch überhaupt in eine Gesellschaft integrieren lassen will. Wenn hingegen die Integration verweigert wird, kann man noch lange gegen Ausgrenzung sein. Die Ausgrenzung ist dann vom Ausgegrenzten selbst verursacht und gewollt.

Soweit zu den Interpretationsverschiedenheiten der durchaus lobenswerten Forderungen. Dumm nur, wenn sich diese öffentlich skandierten Prinzipien in ihr Gegenteil verkehren – verursacht von jenen, die diese Prinzipien angeblich hochhalten. In den letzten Wochen verdichteten sich die Zeichen, dass es mit ebengenannter Toleranz gegenüber Andersdenkenden in der Schweiz bachab geht. Dies kommt dann zum Ausdruck, wenn übereiferte Linke die Parteizentrale der SVP VD stürmen und dort enorme Schäden anrichten, wenn der Eingang des Sekretariats der Zürcher SVP zugemauert und damit die politische Arbeit verunmöglicht wird, wenn Häuser von SVP-Politiker Ziele von Farbanschlägen werden (kürzlich wieder in Bern geschehen) oder wenn die SVP ihre Delegiertenversammlung unter freiem Himmel in der bittersten Kälte abhalten muss, nur weil linke Aktivisten gegen eine Parteiversammlung in Lausanne protestiert hatten und der Partei dann die Räumlichkeiten wieder entzogen wurden. Abstrus wird es aber definitiv, wenn Linke dazu aufrufen, Autos von SVP-Delegierten zu zerstören oder wenn nach der Abstimmung über die Ausschaffungsinitiative in diversen Schweizer Städten demonstriert und dabei gewalttätig zur Missachtung des Volkswillens aufgerufen wird.

Überall dort, wo es ihren eigenen Interessen dient, singen die Linken ein Hohelied auf die Toleranz. Sobald aber jemand nicht denkt, wie ein Sozi, wird er an Leib und Leben bedroht und muss mit Sachbeschädigungen rechnen. Ich lasse mir das als Verfechter der freien Meinungsäusserung und als offen deklarierter Anti-Sozialist nicht mehr länger bieten. Gerne werde ich mich – frei nach Voltaire – für jeden einsetzen, der seine Meinung äussern will – egal, ob ich diese nun verabscheuen mag oder nicht. Aber er soll sie äussern dürfen. Das ist die Grundlage unserer Demokratie. Wenn dieses Grundrecht vom Staat nicht mehr gewährleistet werden kann, bleibt uns nichts mehr anderes übrig, als zum Faustrecht und zur Selbsthilfe überzugehen. Ich lasse mir meinen Mund von niemandem – aber wirklich niemandem verbieten. Solche kriminellen Attentäter auf unsere freie Meinungsäusserung und damit auch auf unsere Demokratie gehören hinter Gitter. Ich rufe unsere Behörden auf, hier endlich durchzugreifen, bevor wir in der Schweiz in meinungsdiktaturähnliche Zustände verfallen.

Olivier Kessler, Wollerau

Seiltänzer – a. Bundesrat Leuenberger

Meine jahrelangen Beobachtungen bestätigen meinen Eindruck, dass Moritz Leuenberger, ehemaliger Vorsteher des Verkehrs- und Energiedepartementes schlichtweg überfordert war. Ich denke an das ominöse Strassenverkehrsabkommen, aber auch an das magere Verhandlungsergebnis über den Luftverkehr in Berlin.

Abtreten in Würde vor ein paar Jahren, in seiner nicht gerade erfolgreichen Bundesratstätigkeit, wäre das einzig Richtige für unser Land und im Besonderen für seine Partei gewesen. Bei den letzten National- und Ständeratswahlen hat Leuenberger keinen Schub mehr bewirkt – im Gegenteil, er wurde ein Fiasko für die eigene Partei. Warum Leuenberger die nötige Einsicht noch den Mut aufbrachte für einen vorzeitigen Rücktritt, wird sein Geheimnis bleiben. Jedenfalls hätte er dann mehr Zeit gehabt in seine geliebte «Oper» zu gehen; – weit weg von den Problemen der «kleinen Leute», die seinerzeit seine Partei gewählt haben, damit er vor fünfzehn Jahren als Bundesrat gewählt werden konnte. Sein Parteikollege a. Bundesrat Otto Stich hat schon vor Jahren nie ein Verwaltungsratsmandat angenommen – der Mann hatte noch Charakter. Moritz Leuenberger kann jetzt schon als einer der schwächsten Bundesräte seit der (Staatsgründung – 12.9.1848) eingestuft werden. Es wird nicht viel Positives aus seiner langjährigen Amtszeit in Erinnerung bleiben – ausser seiner happigen Jahresrente von über Fr. 215 000.– nebst den fürstlichen Einkünften aus seinen Verwaltungsratsmandaten.

Walter Egli, Zürich

Sparen am falschen Ort

Pro Senectute Kanton Zürich stellt den Reinigungsdienst für Seniorinnen und Senioren im Kanton Zürich per Ende Februar 2011 ein. Grund dafür ist eine Finanzierungslücke: Der Betrieb ist seit Jahren defizitär. Mit dem Wegfall der Bundesbeiträge als Folge der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen im Jahre 2008 ist der Reinigungsdienst zunehmend defizitär geworden. Weitere Beitragskürzungen der öffentlichen Hand, namentlich der Stadt Zürich, haben dazu geführt. Dadurch gehen 13 Arbeitsplätze verloren.

Ch. Hirzel-Grob, Zürich

WUCHEMÄRT
WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Subaru Forester 20 X Comfort AWD, Jg. 8.07, 41 000 km, grau-met., AHK, Schiebedach, getönte Scheiben, Fr. 26 000.–, Zimmermann Alexandra, Chürzirietstr. 2, 8340 Hinwil, Telefon 079 438 61 49.

3-P.-Schneepflug, 2,6 m; **Fella-Heuerntemaschinen** zu super Nettopreisen! Tel. 079 359 85 16.

Europaletten und Kunststoffharassen Schorr Weinbau, Grundhof 52, 8404 Stadel, Tel. 052 337 29 67.

Feldspritze Fischer, 15 m, handklapp., 1000-l-Tank, passend zu Fendt Geräteträger, IP-Test Ok rev., Frischwassertank fehlt, Telefon 079 671 40 48.

Paravent, Holz, bemalt; **Stehlampe antik** (viel Zinn-Einl.); **Spiegel** 150/65 geschliffen, Holzrahmen; **Schachbretter** (Edelhölzer, Intarsien); 2 wertvolle **Deckenleuchten**, 3-ftam, neu, Preis nach Absprache, Telefon 044 781 32 44.

GESUCHT

Suche einige **Rinder** auf gutgräsige Alp im Klöntal. Tel. 055 440 36 25.y

FREIZEIT/KONTAKTE

65-J/W, suche **Diskussionspartner/in** zum Thema: SVP-Politik und Tradition in Zürich/Umgebung, Tel. 044 271 69 30.

Aufgestellte Sie, 23, im Immobereich tätig, sucht treuen intelligenten Mann bis 30, mit Foto: ladypaige@web.de

DIVERSES

Erfahrener **Rinderaufzuchtbetrieb** hat noch 5 Plätze frei. Weitere Auskünfte unter: Hans Nef, Oetwil a/See, Tel. 079 617 57 00.

Noch freie Plätze für Winterfütterung für Jungvieh zirka 5 Plätze. Tel. 079 727 46 05 Zürcher Oberland

Der Verein IGSP sucht für das Projekt **«Betreutes Wohnen in Familien»** Gastfamilien, die in ihrem Haus Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung gegen angemessene Entschädigung Kost und Logis bieten. Weitere Infos: www.igsp.ch

ZU KAUFEN GESUCHT

Hilfe dringend gesucht: Haus mit Umschwung – für Projekt Sexuell missbrauchte Kinder – Therapeutische Arbeiten mit Hunden – Region Volketswil / Uster / Kloten / Agasul / Tösstal – 079 424 19 07, E-Mail: yolandaschaer@bluewin.ch

Gesucht von Sammler: **schönes 20er-Goldvreneli,** Tel. 079 577 48 31.

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**
Komme bei Ihnen vorbei.

044 822 26 11.

Kulturegge 2,5 m; **Kochherd** freistehend, Tel. 079 676 75 04.

ZU MIETEN

Frau sucht **günstige Wohnung** mit 2 Hunden, evtl. 3 Shetlandpony. Fritz Burri, Kirchgasse 26, 8302 Kloten, Tel. 044 813 12 65.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

BEKANNTSCHAFTEN

Sie sind ein aufgestellter, gepflegter Mann +/–70 und möchten die Schönheiten des Lebens auch nicht mehr allein geniessen. Eine ebensolche fröhliche Frau (pens.) freut sich auf Ihre Zuschrift. Chiffre 2010-49-1: Stutz Druck AG, «Zürcher Bote» Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil.

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

☐ zu verkaufen ☐ zu verschenken ☐ zu kaufen gesucht
☐ zu vermieten ☐ Freizeit/Kontakte ☐ _____

Anzahl der Erscheinungen ____ mal
Name _____
Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon _____
E-Mail _____

Einsenden an: **Stutz Druck AG,** «Zürcher Bauer/Zürcher Bote», Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis.

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 13. Dezember 2010, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Hinwil / Wetzikon
Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Parteihöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 4/5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Zum Goldenen Fass, Zwinglistrasse 7, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse), Zürich-Schwamendingen.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Dietikon / Aesch
Dienstag, 14. Dezember 2010, 17.50 Uhr, Treffpunkt Brunnenhof Aesch, Besuch der Kantonsratsdebatte im Rathaus Zürich, Thema: Umstrittenes Budget 2011. Führung Ratssäle, Kurz-Film, Debatte als Zuschauer, Umtrunk Restaurant Haue auf Einladung unseres abtretenden Kantonsrates Hans Egloff, SVP Aesch und unseres neuen Kantonsratskandidaten Diego Bonato, Gemeinderat und Präsident SVP Aesch.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Montag, 17. Januar 2011, 20.00 Uhr (Türöffnung ab 19.30 Uhr), Mehrzwecksaal Limberg, Schulhaus Limberg, Wangen 3, Forch (Abfahrt Shuttle-Bus: 19.30 Uhr ab HesliHalle / Rückfahrt: 22.00 Uhr ab Limberg), öffentliche Podiumsdiskussion über die Abstimmungsvorlage vom 13. Februar 2011 «Für den Schutz vor Waffengewalt – Waffenschutzinitiative: Entmündigung der Bürger oder sinnvolle Prävention?». Unter der Leitung von Gregor A. Rutz, Kommunikationsberater und Kantonsratskandidat, stellen sich der Diskussion: pro Josef Lang, Nationalrat Grüne (ZG), Patrick Angele, Gemeinderat SP, Mitglied GSoA; kontra Hans-Peter Amrein, Ersatzmitglied Bezirksrat, Kantonsratskandidat SVP, Martin Seyfried, Präsident Sportschützen Feld-Meilen. Anschliessend an die Veranstaltung werden ein Imbiss und Getränke offeriert.

Bezirk Pfäffikon / Bauma
Montag, 13. Dezember 2010, 20.00 Uhr, Bauma, Gemeindeversammlung, anschliessend Chlaushöck im Restaurant Bahnhof.

Stadt Zürich / Kreis 3 und 9
Freitag, 14. Januar 2011, 19.00 Uhr (Türöffnung 18:30 Uhr), Seminarhotel Spirgarten, Lindenplatz 5, Zürich, Wahlveranstaltung mit den beiden SVP-Regierungsräten Markus Kägi und Ernst Stocker sowie den Kantonsratskandidatlnnen der Wahlliste II.

Stadt Zürich / Kreis 6
Samstag, 11. Dezember 2010, 9.00–12.00 Uhr, Schaffhauserplatz, Zürich, Standaktion mit der Frauengruppe SVP der Stadt Zürich. Wir verteilen etwas Feines.

Samstag, 11. Dezember 2010, 9.30–12.00 Uhr, Schaffhauserplatz, Standaktion zu den Kantonsratswahlen.

Stadt Zürich / Kreis 7
Dienstag, 14. Dezember 2010, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Witikonerstrasse 279, Zürich, Vortrag zum Thema «Das Geheimnis hinter dem Erfolgsmodell Schweiz» von Prof. Dr. Hans-Ueli Vogt, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Zürich, Mitglied der Kreisschulpflege Zürichberg und Mitglied der Geschäftsleitung der SVP Stadt Zürich. Der Vorstand der SVP Kreis 7 freut sich, Sie an diesem Anlass willkommen zu heissen. Der Eintritt ist frei. Ein kleiner Imbiss wird offeriert.

Stadt Zürich / Kreis 11
Samstag, 11. Dezember 2010, 9.00–12.00 Uhr, Querstrasse 7, Zürich-Oerlikon, Standaktion. Weiteres Datum: Samstag, 18. Dezember 2010.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote
ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Inseraten-Annahme:
inweb ag, Zürcher Bote
Postfach, 8153 Rümlang Zürich
Tel. 044 818 03 07, Fax 044 818 03 08
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 92 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29,
8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Samstag, 11. Dezember 2010, 9.00–12.00 Uhr, Schaffhauserplatz, Zürich, Standaktion mit der Kreispartei 6. Wir verteilen etwas Feines.

Dienstag, 25. Januar 2011, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

Ihr Partner im Zürcher Unterland und Grossraum Winterthur

MICHELIN — MULTIBIB
• Breitreifen Serie 65
• für Schlepper bis 200 PS
• bodenschonend
NEU

Kleber — FITKER
• Breitreifen Serie 70
• starke Zugkraft
• hoher Fahrkomfort

PNEUHAUS WEGMANN
Pneuhaus Wegmann AG
Ringstrasse 2
8317 Tagelswangen
Tel. 052 343 11 68
Fax 052 343 67 32
info@pneuhaus-wegmann.ch

CCG Event-Technik
CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44-307 11 55
www.ccg.ch

Das Geheimnis hinter dem Erfolgsmodell Schweiz

Vortrag von

Prof. Dr. Hans-Ueli Vogt

Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Zürich
Mitglied der Kreisschulpflege Zürichberg
Mitglied der Geschäftsleitung der SVP Stadt Zürich

am

Dienstag, 14. Dezember 2010, 19.00 Uhr

im

Restaurant Elefant, Witikonerstrasse 279, 8053 Zürich

Der Vorstand der SVP Kreis 7 freut sich, Sie an diesem Anlass willkommen zu heissen.

Der Eintritt ist frei. Ein kleiner Imbiss wird offeriert.

Schweizer wählen SVP

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Wählen Sie Ihren Bundesrat selber
Jetzt unterschreiben!
Eidgenössische Volksinitiative für die
«Volkswahl des Bundesrates»